



NRWinfo

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

 **BUND**
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
(V-NRW)

Heft 1/2016

1. Quartal

www.bund-nrw.de

Alternativen zum Beton

**Intelligente Mobilität
statt Straßenbauwahn**

BUND-Alternativen zum Straßenneubau

Im Rahmen der Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans hat das Land Nordrhein-Westfalen mehr als 300 Fernstraßenneu- und Ausbauprojekte nach Berlin gemeldet. Viele von ihnen sind schlichtweg überflüssig, für andere gibt es umweltverträgliche Alternativen. Diese versucht der BUND jetzt durchzusetzen.

Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) wird circa alle 15 Jahre vom Bundeskabinett dem Bundestag vorgelegt. Dieser beschließt dann nach Beratung die Bedarfspläne, getrennt nach Fernstraßen, Schienenwegen und Wasserstraßen. Sie legen die einzelnen Infrastrukturprojekte für Investitionen fest, und die Planungen werden in weiteren Schritten konkretisiert.

Nach guten Ansätzen in der Grundkonzeption droht der aktuelle BVWP im Bereich Straße wieder zu einem Plan herkömmlicher Verkehrspolitik ohne innovative Konzepte zu werden. Diese Entwicklung zeigte sich bereits in der Anmeldungsphase: Die Länder konnten beliebig Projekte anmelden. Da sie die Umsetzung nicht zahlen müssen, kamen unzählige fragwürdige Vorhaben zusammen. Bundesweit über 1.800 Fernstraßenwünsche, allein in NRW über 300, darunter viele völlig neue. Das Ergebnis ist eine zusammenhangslose „Wünsch Dir Was-Liste“. Im Koalitionsvertrag von 2013 steht noch „nicht jeder Wunsch ist erfüllbar“. Zudem soll es ein „Nationales Prioritätenkonzept“ geben mit der Zielgröße, 80 Prozent der Mittel in hochbelastete Knoten und Hauptachsen fließen zu lassen. Wie nach der willkürlichen Anmeldung zu einer verkehrsträgerübergreifenden Netzplanung gefunden werden soll, ist aktuell vollkommen unklar.



Die Planlosigkeit zeigt sich auch in den massiven Verzögerungen und der bisherigen Intransparenz. Bereits für Herbst 2014 war ein sogenanntes Projektinformationssystem (PRINS) geplant, in welchem alle Projekte erfasst sein sollten. Die an sich begrüßenswerte Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung wird nun vermutlich nach Ostern 2016 starten. Dazu müssen alle Bewertungen zu jedem Projekt vorgelegt werden. Dann wird sich zeigen, ob die Länder ihrer Pflicht nachgekommen sind, sich „intensiv mit alternativen Lösungsmöglichkeiten“ auseinanderzusetzen. Der BUND konnte selbst Alternativen anmelden. Er hat dies auch in NRW genutzt und umweltgerechtere Lösungen zur Prüfung vorgeschlagen.

Beteiligungsmöglichkeiten nutzen und Alternativlösungen durchsetzen

Da nach allen bisherigen Erkenntnissen die Ministerien und Straßenbauverwaltungen Alternativenprüfungen scheuen oder unzureichend durchführen, wird es nötig sein, bei der Öffentlichkeitsbeteiligung nochmal darauf zu drängen und Alternativen einzubringen. Ist ein Straßenprojekt erst einmal im Bedarfsplan, wird dies schwieriger sein, es geht dann in der Regel nur noch um das „Wie“ der Umsetzung.

Alternativen können vielfältig sein und gestalten sich je nach den lokalen Begebenheiten unterschiedlich. Oft bieten sich Netzalternativen an, das heißt Lösungen im bestehenden Straßennetz. Hierzu können



Der Weiterbau der „Eifelautobahn“ A 1 ist seit Jahren heftig umstritten. Auch hierzu schlägt der BUND eine umweltverträglichere Alternative vor.

Fotos/M.: D. Jansen



Ausgewählte Fehlplanungen in NRW:

A 1 Eifel
A 46 Sauerland
A 52 Essen-Gladbeck
A 445 Hamm-Werl
A 553 Köln-Godorf – Köln-Lind
B 56 Südtangente Bonn
B 64 Münster – Rheda
B 67/ B 474 Reken-Dülmen-Datteln
B 239 Lage-Bad Salzuflen-Lübbecke
B 508 Kreuztal

auch einzelne Abschnitte optimiert werden. Ein Beispiel ist die A 1, die wertvolle Naturräume in der Eifel neu zerschneiden soll. Sowohl im Westen mit der B 51 und A 60 als auch im Osten mit der A 61/ B 262 / A 48 gibt es Möglichkeiten, im Bestandsnetz bei vertretbaren Umwegen von Köln ins Saarland zu gelangen. Ebenso bei der umstrittenen A 46 hat der BUND eine Netzlösung zur Prüfung vorgelegt. Das Land NRW wünscht sich unzählige Autobahnverbreiterungen, häufig auf acht Fahrstreifen. In der Regel sind viele Autobahnen, gerade in Ballungsräumen, nur zu gewissen Tageszeiten überlastet. Eine temporäre Standstreifenfreigabe bei gleichzeitiger Geschwindigkeitsreduzierung schafft Abhilfe. Vor allem in verdichteten Räumen fehlt ein schlüssiges Agglomerationskonzept mit verkehrsträgerübergreifenden finanziellen Mitteln, ähnlich wie in der Schweiz. Die zahlreichen über das Land verteilten Ortsumfahrungen - Motto: jeder

Wahlkreis wird bedient - lassen sich vielfach durch innerörtliche Maßnahmen vermeiden, insbesondere bei geringen und mittleren Verkehrsbelastungen. Flüsterasphalt, Änderungen im Fahrbahnquerschnitt und Geschwindigkeitsbegrenzungen erzeugen eine höhere Lebensqualität in den Orten. Die Naherholungsgebiete bleiben erhalten. Viele Orte sind aufgrund von Mautausweichverkehr durch Schwerlastverkehr belastet. Diese Beeinträchtigung fällt zukünftig mit der geplanten Ausweitung der Maut auf alle Bundesstraßen weg. Eine konsequente Priorisierung auf umweltverträglichere Verkehrsmittel kann die in der Grundkonzeption als Ziel genannte Verlagerung begünstigen. Häufig finden sich parallel zu geplanten Straßen optimierungswürdige Bahnstrecken. Ein Beispiel ist die Situation bei der geplanten B 64 zwischen Münster und Rheda.

Mehr Aufmerksamkeit für Alternativen

In der Regel sind diese Alternativlösungen schneller und kostengünstiger umsetzbar. Das bietet gute Möglichkeiten, die allgemeine Öffentlichkeit zu überzeugen. Argumente sollten mehr zählen als herkömmliche Straßenbauideologie. Letztendlich entscheiden die Bundestagsabgeordneten über den Bedarfsplan. Dafür ist es wichtig, dass auch die Politiker im Wahlkreis Kenntnis von den verschiedenen Ansätzen haben.

Der BUND wird die Aufstellung des kommenden BVWP weiterhin aufmerksam und kritisch begleiten. Willkommen ist die aktive Mitarbeit interessierter oder betroffener BUND-Mitglieder. Sie sind die lokalen Expert*innen mit unverzichtbarem Fachwissen für die Situationseinschätzung vor Ort. Zudem wird dadurch vermieden, dass Lösungen vorangetrieben werden, die in einer BUND-Gruppe nicht erwünscht sind.

Philipp Sitte

... leitet das BUND-Projekt 'Ökologisierung von Fernstraßenplanungen in Nordrhein-Westfalen'



Foto: D. Jansen

Jetzt beteiligen!

Im Rahmen eines von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW (SUE) geförderten Projektes entwickelt der BUND Alternativen zum Fernstraßenbau und geht neue Wege der Öffentlichkeitsbeteiligung. Auch Sie können sich einbringen! BUND-Projektleiter Philipp Sitte gibt dazu Hilfestellung. Kontakt: philipp.sitte@bund.net

Alle Infos unter www.bund-nrw.de/bvwp

Hier finden Sie auch Hilfen für Stellungnahmen bei der Öffentlichkeitsbeteiligung, u.a. eine allgemeine Anleitung und weitere Hinweise zur Grundkonzeption, BUND-Beteiligungskonzept, Umweltbericht, Nutzen-Kosten-Analyse und zu Ortsumfahrungen.

Naturschutzgesetz bleibt Stückwerk

Es sollte eines der umweltpolitischen Kernvorhaben dieser Legislatur werden: der Umbau des Landschaftsgesetzes zu einem Naturschutzgesetz. Aber außer dem Namen wird leider nicht viel geändert.

Der anhaltende Schwund der biologischen Vielfalt ist eines der zentralen Probleme unserer Zeit: auch in NRW sind mittlerweile etwa 45 Prozent der untersuchten Organismen und Ökosysteme gefährdet oder bereits verschwunden, Tendenz steigend. Feldhamster, Bekassine oder die Rautenfarn sind populäre Beispiele für Arten, die gerade aussterben. Ein Naturschutzgesetz könnte ein wesentlicher Hebel sein, diesen negativen Trend zumindest erstmal zu stoppen.

Doch schon die Biodiversitätsstrategie NRW, welche Anfang 2015 die Richtung für ein neues Landschaftsgesetz vorgeben sollte, war wenig ambitioniert ausgefallen. Ihre Leitziele sind ausreichend, der Weg dorthin aber ist unvollständig beschrieben. So fehlen auch dem Gesetz viele Instrumente, die zum Umsteuern notwendig wären.

Beispiel Biotopverbund: 15 Prozent der Landesfläche sollen für den Biotopverbund gesichert werden. Dabei sind bereits jetzt 15,2 Prozent der Landesfläche in den Regionalplänen als BSN (Bereich zum Schutze der Natur) dargestellt.

Beispiel Wildnis: Es gibt eine neue Schutzkategorie „Wildnisentwicklungsgebiete“, mit welcher natürliche Dynamik auf kleinerer Fläche ermöglicht werden sollte. Doch tatsächlich handelt es sich dabei fast nur um Flächen, die schon Naturschutzgebiet sind und

wo lediglich die Forstwirtschaft still gelegt werden soll. Jagd und Eingriffe zugunsten eines gewünschten Waldbilds sind weiter möglich.

Beispiel Geschützte Biotope: Mit Nass- und Feuchtgrünland oder etwa Halbtrockenrasen sollen zwar zusätzliche Lebensräume gesetzlich geschützt werden. Aber Höhlen, Niederwälder und Streuobstbestände werden außen vor gelassen.

Auch beim Schutz unserer Wälder geht es nicht voran. Das erste Gesetzespaket sah noch vor, dickstämmiges Totholz von Laubbäumen unter Schutz zu stellen. Die dafür notwendige Änderung des Landesforstgesetzes ist aber mittlerweile wieder vom Tisch.

Und auch im Sektor Landwirtschaft bleiben die Fortschritte überschaubar. Gut ist, dass zur „guten fachlichen Praxis“ nun auch ein Verbot zur Umwandlung und Entwässerung von Dauergrünland sowie zur Beseitigung von Feldgehölzen und Kleingewässern zählen soll. Statt aber einen Passus einzuführen, der dem Land ermöglicht, Bewirtschaftungsvorgaben in Gebieten anzuordnen, in welchen sich der Erhaltungszustand von geschützten Arten verschlechtert, setzt man allein auf das - bislang gescheiterte - Kooperationsprinzip.

Das Landesnaturschutzgesetz wird einige kleine Verbesserungen bringen, doch wurde bereits vor der Befassung des Landtags auf viele wesentliche Impulse verzichtet. So kann es kaum dazu beitragen, endlich den Biodiversitätsschwund aufzuhalten. (hs)

 www.bund-nrw.de/naturschutz



„Wir haben die Agrarindustrie satt!“

Für die Stärkung der ökologischen Landwirtschaft, eine artgerechte Tierhaltung und für fairen Handel demonstrierten am 16. Januar in Berlin rund 23.000 Teilnehmer*innen der großen Agrardemo. Etliche Aktive des BUND und der BUNDjugend aus NRW hatten sich auf den weiten Weg gemacht, um für eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft zu werben.

Foto: D. Jansen

 www.bund-nrw.de/agrar

Wildkatzen(botschafter) breiten sich aus

Es gibt nicht nur positive Meldungen bei der Ausbreitung der Wildkatze in Nordrhein-Westfalen, sondern auch bei der zunehmenden Anzahl an ausgebildeten Wildkatzenbotschafter*innen.

Seit Anfang 2014 wurden landesweit 45 Ehrenamtliche zu Wildkatzenbotschafter*innen ausgebildet. Dazu haben sich die Freiwilligen der Regionen Eifel, Rhein-Sieg-Kreis, Rhein-Berg und Arnsberg an einem Wochenende zu einem Einstiegsseminar getroffen. Die angehenden Botschafter*innen lernten dabei einiges über Ökologie und Verbreitung sowie Gefährdungen der Wildkatze. Zudem gab es eine Übersicht über mögliche Aktivitäten für die Wildkatze und deren Schutz. Außerdem konnte jeder Teilnehmer eine kleine Übersicht über die Feldmethoden zur Untersuchung der heimlichen Tiere erhalten.

Am Ende des Seminars sind die Wildkatzenbotschafter*innen zu kompetenten Ansprechpartnern zum Thema Wildkatze für ihre Nachbarn, Freunde und Gemeindevertreter geworden. Hierzu leisten sie Informationsarbeit wie etwa Vorträge, Infostände an Messen und Aktionstagen oder auch Aktivitäten an Schulen. Daneben stellen diese Menschen ein wichtiges Bindeglied dar, wenn es um die Meldung von verletzten oder toten Tieren geht oder in der Diskussion um konkrete Umsetzungen von Maßnahmen in der Landschaft zum Schutz der Tiere.

Christine Thiel-Bender



Internationales Wildkatzensymposium des BUND in Aachen

Mehr als 80 Wildkatzenfachleute erfuhren bei Vorträgen aus den Bereichen Naturschutz, Straßenbau und Forstverwaltung, welche Möglichkeiten zum Schutz der Wildkatze bestehen und welche Projekte umgesetzt werden. Referent*innen aus den Niederlanden, Luxemburg und Belgien berichteten aus ihren Ländern über die Situation der Wildkatzen sowie die neusten Schutzkonzepte. Abschließend informierte das Senckenberg-Institut über die vielfältigen Möglichkeiten, die genetische Untersuchungen inzwischen bieten. Das Symposium wurde von der NRW-Stiftung unterstützt. (jb)

 Mehr Infos und Download des Tagungsreaders: www.bund-nrw.de/wildkatze

Vogeltod vermeiden

Vogelschlag an Glas, also die Kollision von Vögeln mit Glasscheiben oder -fassaden, ist die zweitgrößte Gefährdung für Vögel nach der Zerstörung ihres Lebensraumes: Geschätzt sterben täglich bis zu 250.000 Vögel in Europa an Glas. Dies zu beenden, hat sich das BUND-Projekt „Vermeidung von Vogelschlag an Glas“ zur Aufgabe gemacht.

Im Rahmen des von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW (SUE) geförderten Projektes ist jetzt eine neue Broschüre erschienen. Sie richtet sich an Architekt*innen und Bauherr*innen, erläutert die Vogelfalle Glas und zeigt effiziente Lösungsmöglichkeiten auf.

Die Broschüre kann kostenlos bei Judith Förster in der BUND-Landesgeschäftsstelle bestellt werden (judith.foerster@bund.net).

► Download unter www.vogelsicherheit-an-glas.de



RWE will BUND enteignen

Als Weihnachtsgeschenk der besonderen Art hat die RWE Power AG kurz vor den Festtagen bei der Bezirksregierung Arnsberg die Zwangsenteignung des BUND-Grundstücks im geplanten Abbaufeld des Braunkohlentagebaus Hambach beantragt. RWE begründet die Maßnahme damit, dass die bergbauliche Inanspruchnahme des Grundstücks für die „ordnungsgemäße Führung“ des Tagebaus notwendig sei. Der BUND hält die Grundabtretung dagegen für unzulässig, da die Gewinnung und Nutzung der Braunkohle wegen der schwerwiegenden Umwelt- und Klimafolgen nicht dem Wohle der Allgemeinheit dient.

Scheinbar unaufhaltsam rücken die RWE-Bagger auf das BUND-Grundstück in Hambach zu. Foto: D. Jansen



„RWE will seine Politik des Raubbaus an unseren natürliche Lebensgrundlagen unverändert fortführen“, sagte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. „Dagegen werden wir uns auch in Zukunft zur Wehr setzen.“ Zuvor hatte der BUND der RWE Power AG und der Landesregierung bereits einen jahrelangen Kampf um die legendäre Obstwiese im Tagebaufeld Garzweiler geliefert. Letztendlich mit einem zwiespältigem Erfolg: Die Enteignung wurde für verfassungswidrig erklärt, diese Wiese war aber schon zuvor in eine 200 m tiefe Grube verwandelt worden. Derzeit klagt der BUND schon gegen die Zulassung des 3. Rahmenbetriebsplanes zur Fortführung des Tagebaus Hambach.

Jetzt geht es um ein ackerbaulich genutztes BUND-Grundstück bei Kerpen-Manheim. Auf dem Grundstück befindet sich ein als Bodendenkmal ausgewiesenes römisches Grabmal aus dem 2. oder 3. Jahrhundert. Nach den Plänen der RWE Power AG soll die Fläche im Jahr 2020 vom Tagebau Hambach erreicht werden. Der Antrag wird ausführlich begründet: 34 Aktenordner stark ist das Schreiben. RWE Power beruft sich dabei auch auf die derzeit im Entwurf vorliegende neue Leitentscheidung der Landesregierung zur Braunkohlenpolitik (s. *NRWinfo* 4-2015). Trotz einer geplanten Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler will Rot-Grün damit die Braunkohlennutzung im Tagebau Hambach bis 2045 unverändert fortschreiben.

Im Jahr 2014 wurden im Braunkohlentagebau Hambach rund 41 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Das entspricht 44 Prozent der Gesamtfördermenge im Rheinland. Der Großteil davon dient der Stromerzeugung in den RWE-eigenen Kraftwerken. Für den Tagebau soll der Großteil des einst etwa 5.000 Hektar großen Hambacher Waldes gerodet werden. Derzeit läuft die Umsiedlung von etwa 2.100 Menschen in den Ortschaften Manheim und Morschenich, die in den Jahren 2022 bzw. 2024 abgebaggert werden sollen. (dj)

 www.bund-nrw.de/hambach

Faktencheck Windenergie

Für den BUND gibt es keine Alternative zu einer naturverträglichen Energiewende. Aber der Ausbau der erneuerbaren Energien erhöht auch den Nutzungsdruck auf die Natur zusätzlich zu den vorhandenen Belastungen. Deshalb fordert der BUND die Verbindung einer langfristig tragfähigen dezentralen Energiewende mit einer seit langem überfälligen Offensive für mehr Natur- und Landschaftsschutz. Gleichwohl sind vor Ort viele Projekte, speziell Windenergieanlagen, umstritten. Nicht immer wird dabei sachlich argumentiert. Wir haben deshalb noch einmal die wesentlichen Streitpunkte in einem „Faktencheck Windenergie“ zusammengetragen.

► Download unter www.bund-nrw.de/windenergie



Gefahr aus Belgien

Auch die Belgier*innen haben das schon hinter sich: Den Ausstieg vom Ausstieg. So sollten die pannen-trächtigen Meiler der Atomkraftwerke Tihange und Doel ursprünglich Ende 2015 endgültig abgeschaltet werden. Trotz dauernder Störfälle und tausender Haarrisse in den Reaktordruckbehältern beschloss die belgische Regierung aber letztendlich eine Laufzeitverlängerung bis zum Jahr 2025. Dabei gab es zuletzt in den Monaten um den Jahreswechsel mehrfache (Not-) Abschaltungen sowohl im AKW Tihange (60 km von der NRW-Landesgrenze entfernt) als auch beim etwa doppelt so weit entfernten Reaktor Doel.

Ein großer Unfall in einer oder mehrerer Anlagen würde sehr wahrscheinlich große Mengen von Radioaktivität auch nach NRW bringen. Der BUND hält einen Weiterbetrieb der Reaktoren daher für unverantwortlich. Tausende Menschen in der Städtereion Aachen protestierten gegen das Vorgehen der belgischen Behörden. Auch die Empörung der deutschen Politik war groß. „Dabei nutzen weder die Bundes- noch die Landesregierung ihre Möglichkeiten zur Stilllegung dieser Skandalreaktoren“, konstatierte der BUND-Atomexperte Michael Harenger.

Trotz der anhaltenden Kritik an den Pannenmeilern bat die zuständige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks lange Zeit noch nicht einmal um ein Gespräch mit der belgischen Atomaufsichtsbehörde. Der BUND forderte sie deshalb schriftlich auf, sich stärker zu engagieren. Und auch die NRW-Landesregierung trägt Verantwortung. So liefert die Firma Advanced Nuclear Fuel in Lingen die Brennelemente für viele Atomreaktoren weltweit, darunter auch belgische. Das dafür erforderliche angereicherte Uran kommt aus der nordrhein-westfälischen Stadt Gronau mit seiner Urananreicherungsanlage (UAA). Dabei hatte die Landesregierung 2012 beschlossen, die UAA Gronau rechtssicher zu beenden.

Doch getan hat sich nichts, wenn man von einem Besuch des grünen Umweltministers Johannes Remmel in Gronau am 19. Oktober 2015 einmal absieht. Sein Kabinettskollege Garrelt Duin (SPD) verweist in diesem Zusammenhang gerne auf „bestandskräftige Genehmigungen“ sowie auf mögliche Regressforderungen der Betreiberfirma Urenco in dreistelliger Millionenhöhe.

Eine zentrale Forderung müsste also die Änderung des Atomgesetzes sein, dass der Atomausstieg nicht nur die AKW meint, sondern eben auch solche Einrichtungen wie die Urananreicherungsanlage Gronau und die Brennelementefabrik Lingen - auch wenn sich die belgischen AKW-Betreiber ihre Brennelemente woanders besorgen könnten. So könnte die deutsche Politik ein Stück Glaubwürdigkeit zurück gewinnen. (dj/mh)

 www.bund-nrw.de/atomausstieg



Im Druckbehälter des belgischen AKW Tihange wurden bislang 3.149 Risse festgestellt. Foto: wikimedia.org

Gedenkschrift Traute Kirsch

Zehn Jahre nach dem Tod von Traute Kirsch hat der BUND eine umfangreiche Gedenkschrift zum Anti-Atomkampf herausgegeben, die nicht nur das Wirken der streitbaren Aktivistin berücksichtigt, sondern gleichzeitig auch einen Rückblick auf die Geschehnisse seit Ende der 1950er Jahre mit dem Schwerpunkt NRW gibt.

In der Schrift werden die verschiedenen Aspekte des Anti-Atom-Kampfes anhand von mehr als 2.000 Dokumenten von Traute Kirsch, Claudia Baitinger und den "UnRast"-Mitstreiter*innen beleuchtet. Insofern ist es nicht nur eine Lektüre

für diejenigen, die Traute Kirsch selbst erlebt haben, sondern gerade auch für jüngere Aktivist*innen.

► Die 238 Seiten starke Gedenkschrift kann zum Preis von 19,- Euro in der BUND-Landesgeschäftsstelle bestellt werden (bund.nrw@bund.net).



Neue BUNDjugend-Gruppen Frischer Wind im Land

V ielerorts in NRW haben sich im letzten Jahr neue, engagierte Jugendgruppen gegründet. Struktur, Themen und Aktionsformate der Gruppen sind breit gefächert und vergrößern die Vielfalt der BUNDjugend NRW.

Im September gründete der 15-Jährige Jannis mit seinen Freunden die BUNDjugend Warburg, die seither mit Infoaktionen und Verkaufsständen den fairen Handel an ihrer Schule unterstützt und bereits die Schülerfirma überzeugen konnte, auf fair gehandelte Produkte umzusteigen. Ebenfalls im Herbst 2015 wurden in Münster und Köln neue BUNDjugend-Gruppen ins Leben gerufen, in denen sich überwiegende Studierende engagieren. Die BUNDjugend Münster organisiert beispielsweise Kneipen-Tauschbasare und plant gerade einen Vortrag zur „zero-waste“-Bewegung an der Uni. Die BUNDjugend Köln experimentiert

Mit einem Fair Trade-Stand warb die BUNDjugend Warburg für verantwortungsbewussten Konsum.

Foto: BUNDjugend Warburg



mit gelebten Alternativen wie Saatgut-Tauschboxen oder Kleider-tauschparties und bereichert gern auch mal einen BUND-Themenabend mit einem veganen Buffett. Die 2014 aus dem Projekt „Neue Medienoffensive“ entstandene BUNDjugend Hagen wird von einer BUND-Aktiven geleitet und bindet in ihre Aktivitäten oftmals neue

Medien ein, zum Beispiel durch die Produktion von Videos oder der Ausarbeitung einer konsumkritischen GPS-Tour.

Die Gruppen werden von Vorstand und Landesgeschäftsstelle bestmöglich nach Bedarf mit Beratung, Materialien, Kontakten, Fortbildungen und einer Anfangsfinanzierung unterstützt. Ein umfangreiches Startpaket für Gruppen soll neuen Gruppen künftig helfen, schnellstmöglich gut ins Laufen zu kommen und eigene Ideen zu realisieren. (as)

► Kontakt:
andrea.schaupp@
bundjugend-nrw.
de, Tel. 02921-
346944



Foto: BUNDjugend Unna

Ressourcenschutz

Handy-Recycling

V or knapp drei Jahren haben die beiden Kölner BUNDler Till von Pidoll und Eric Schumacher die Mobile-Box entwickelt und gemeinsam mit dem BUND begonnen, alte Handys einer umweltgerechten Verwertung zuzuführen. Seitdem konnten, dank des tatkräftigen Engagements zahlreicher BUND Orts- und Kreisgruppen, knapp 5.000 Altgeräte gesammelt werden. Rund 300 Stück wurden alleine von der Kreisgruppe Unna zurückgenommen, die damit zu den erfolgreichsten Sammlern in NRW zählt.

Der Großteil der Handys wurde umweltgerecht recycelt, wodurch wertvolle Rohstoffe wie Gold, Silber und Kupfer wiedergewonnen werden konnten. Ein Teil der Altgeräte konnte sogar innereuropäisch wiederverwendet werden, nachdem sie aufbereitet, geprüft, teilweise repariert und die Daten mithilfe herstellereigener Verfahren vollständig gelöscht wurden. Bisher haben aktiv sammelnde Orts- und Kreisgruppen 50 Prozent der Erlöse aus dem Recycling erhalten. In Zukunft wird der Spendenbetrag pro Handy gestaffelt - in Abhängigkeit zur Anzahl der Handys, die wiederverwendet werden können. So können BUND-Gruppen wertvolle Einnahmen für die Umwelt- und Naturschutzarbeit vor Ort generieren.



So funktioniert's

BUND Orts- und Kreisgruppen können ihre gesammelten Handys jederzeit an Mobile-Box nach Köln senden (Gottfried-Hagen-Straße 62, 51105 Köln). Orts- und Kreisgruppen, die an der Sammlung teilnehmen möchten, können eine kurze E-Mail an info@mobile-box.eu senden. Daraufhin versendet das Umwelt-Start Up eine Mobile-Box, die in öffentlichen Einrichtungen oder Geschäften, wie zum Beispiel in Biomärkten, aufgestellt werden kann. Weitere Informationen - auch zu existierenden Sammelstellen - finden Sie unter www.mobile-box.eu.

+++ **Vorankündigung LDV 2016:** Die nächste Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW findet am Sonntag, den 22. Mai 2016 in Bochum statt. Die vorläufige Tagesordnung sieht den Rechenschaftsbericht des Vorstands, Berichte, Finanzen, Wahlen und Anträge vor. +++

IMPRESSUM: Das NRWinfo wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.**

♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ♦ **V.i.S.d.P.:** Holger Sticht, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net ♦

Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Jochen Behrmann (jb), Michael Harengard, Philipp Sitte, Andrea Schaupp (as), Eric Schumacher, Holger Sticht (hs) ♦

Auflage: 19.500 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankcode: BFS WDE 33 xxx, Konto: DE 10 370 205 00 000 8204600 ♦

Hinweis: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ Das NRWinfo erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.03.2016 ♦ © BUND NRW, Februar 2016

Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW.)